

**Humboldt-Universität zu Berlin
Studierendenparlament**

Unter den Linden 6

10099 Berlin

Präsidium

Tel: +49-30-2093-2603 / -2614

Fax: +49-30-2093-2396

praesidium@stupa.hu-berlin.de

www.stupa.hu-berlin.de



Protokoll der 1. Sitzung des 21. Studierendenparlaments, 18. April 2013

Sitzungsleitung: Benjamin, Lisa, Johannes, Helge

Beginn: 19:01 Uhr

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

1.1 Begrüßung

Lisa begrüßt und klärt einige Formalia.

1.2 Gedenkminute für Bill Hiscott

Micha und Bernd (HisKom) sprechen einige Worte zur Einleitung, folgend die Gedenkminute.

1.3 Antrag zur Quotierung

Imke (Jusos) stellt den Antrag vor.

Lisa (LuSt) spricht im Prinzip für den Antrag. Eine Nachfrage zur Formulierung.

Falko (RCDS) versteht Intention des Antrags, spricht sich aber gegen Teile des Antrags aus, sieht darin Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Imke betont noch einmal die Wichtigkeit des Antrags.

Henry (RCDS) will auch Männer quotieren.

Falko hängt sich an Erstredner_innen-Quote auf.

Alexander (BuF), ob Abwendung von bisheriger Regelung (drei Männer können nacheinander sprechen, ..) nötig ist.

Hartmut (Jusos) spricht sich dafür aus, dass männliches Redeverhalten eingedämmt wird.

ÄA 1 Henry. ÄA 2 Falko.

Abstimmung des 1. Änderungsantrags: 8:viele:5. ÄA 1 ist damit abgelehnt.

David (PDB), zu ÄA 2, was strukturell in diesem Fall bedeutet.

Falko antwortet. Reine Erstredner_innen-Quote, im Prinzip.

Abstimmung des 2. Änderungsantrags: 7:viele:9. ÄA 2 ist damit abgelehnt.

ÄA 3 Alexander. Änderung des letzten Absatzes zur Form der Vorjahre.

Abstimmung von ÄA 3: 15:24:11. ÄA 3 ist damit abgelehnt.

*„Das Studierendenparlament setzt die harte Erstredner*innen-Quotierung bei Redelisten um. Das bedeutet:*

- Frauen und Männer reden abwechselnd.*
- Frauen werden in die Redeliste quotiert, auch wenn sie sich später gemeldet haben.*

- *Erstredner*innen, d.h. Menschen, die zu einem Punkt noch nicht gesprochen haben, werden hochquotiert. Die Geschlechterquotierung bleibt davon unberührt.*
- *Sind nur noch Männer und keine Frau auf der Redeliste, so kann die Fortführung der Debatte beantragt werden. Andernfalls wird die Debatte nach einem Mann automatisch abgebrochen.*

Die Regelung tritt mit Beschlussfassung in Kraft und gilt für die gesamte Legislatur des 21. Studierendenparlaments.

Mit der Umsetzung wird das Präsidium beauftragt.“

Abstimmung des Antrags: viele:10:1. Antrag ist damit angenommen.

1.4 Beschluss der Tagesordnung

Lisa erläutert einige Punkte zur Tagesordnung und zum Procedere der Antragseinreichung etc.

Alex und Bernd (IG HDH), Aufnahme eines Antrags 6.8, begründen die Dringlichkeit.

Lisa (LuSt) mit kritischer Gegenrede. Keine Vorbereitungszeit auf Antrag problematisch.

Micha (IG HDH) sieht die Punkte ein, betont dennoch Wichtigkeit des Antrags.

Abstimmung über Aufnahme in TO: 29:3:einige. Antrag damit aufgenommen.

Falko, Aufnahme eines Antrags 6.10 aus gegebenem Anlass. Formale Gegenrede.

Abstimmung über Aufnahme in TO: 14:9:vielen. Antrag damit aufgenommen.

Imke, Vorziehen von 6.9 hinter 6.4. Falko, Vorziehen von 6.10 hinter 6.9 (hinter 6.4). Beides angenommen.

Jakob (LuSt), Vorziehen des Berichtsteils von 6.5 vor 3.2., angenommen.

Alex (Eu3T), Vorziehen von 6.6 bis 6.8 vor 6.1, angenommen.

Die so geänderte Tagesordnung wird pA angenommen.

2. Protokoll der 8. Sitzung des 21. StuPa vom 24. Januar 2013

pA angenommen.

3. Berichte und Mitteilungen

3.1 Mitteilungen des Präsidiums von Lisa

Diverse organisatorische Punkte zum StuPa an sich.

- BEO
- Satzung und Geschäftsordnung lesen!
- Bei Abwesenheit entschuldigen, Hinweis auf Möglichkeit des Mandatsverlusts.
- Für Redebeiträge nach vorne kommen, Name und Liste nennen etc.
- Adressänderungen bitte ans Präsidium melden.

Benjamin (Grünboldt) ergänzt.

3.2 Bericht zum Lise-Meitner-Denkmal von Jakob

Berichtsteil vorgezogen von Punkt 6.5. Kurze Erläuterungen zur momentanen Sachlage.

Magdalena (Grünboldt), ist eine Physikerin in der Jury?

Jakob: Frau Prof. Draxl.

3.3 Bericht des RefRat von Johannes

Kultur: Nelken am Internationalen Frauentag mit verteilt, Planung und Wiedereinstellung der Planungen für eine mögliche Semesterauftaktparty, Konzertplanung für 01.07. im Krähenfuß, Planung einer Veranstaltungsreihe zu Becket bzw. Schubert und Wagner, Beitragsvorbereitung zur Bücherverbrennung.

Internationales: Filmvorführung „They Were Not Silent ..“ mit Vortrag und Diskussion mit Martin Schmitt, Treffen mit Studierenden aus Minsk (zusammen mit HoPo und Antifa), Vortragsveranstaltung für Juni in Vorbereitung.

Öffentlichkeit: Kommunikation im großen Rahmen (Rückforderungs-Content), Aushangarbeiten, Bearbeitung und Umzug des Presseverteilers, Pressemitteilungen und Feedbackfreuden, kontextgebundenes Freidrehen.

Publikation: Vorbereitung von HUCH! #76 (mit Antifa und in loser Kooperation mit Abt. Öffentlichkeit der HUB, Sonderausgabe zum Thema Bücherverbrennung), inhaltlicher Rahmen ist abgesteckt, erste Artikel sind besprochen, Deadline 25.04.,

Antifa: Vorbereitungen zur Gedenkwoche des 80. Jahrestags der Bücherverbrennung, Mitarbeit in AG der Unileitung mit und Organisation einer Podiumsdiskussion, Vorbereitung einer Podiumsdiskussion am 15.05., 16 Uhr, Zusammenarbeit mit PubRef für HUCH!-Sonderausgabe, Unterstützung der stud. Initiative HUmmeL bei Organisation der Maiwoche.

Soziales: Beratungen, Verwaltung der SSBS-Stellen: Einstellungen, Kommunikation mit Uni-Verwaltung; neue Verträge: Rücksprache mit SSBS-Berater_innen; Kommunikation mit Präsidialbereich, Unterstützung AntiRa bei Veranstaltung im März, Teilnahme an Teamsitzungen, SSBS-AGs und Fortbildungen zum Thema Antidiskriminierungsberatung, Aktualisierung der Webseite.

queer_Fem:* Awareness-Plakate fertig, Kleaktion in Vorbereitung, Beratungsarbeit, Feministische Vernetzung, AG Feministisch Sprachhandeln (letzte Feinschliffarbeiten am Leitfaden zu Sprachhandlungen), Antrags- und Pflanzenbetreuung..

PM & Datenschutz: Vorbereitung (mit Kultur und Öko) einer Semesterauftaktsparty, Absage selbiger Party wegen restriktiver Brandenschutzauflagen, Bemühen auf präsidialer Ebene darum, dass hochschulpolitisches Engagement als Studienpunkte im BZQ-bereich anerkannt werden kann, Arbeit, Vernetzung und Treffen zum Thema Einführung der HU-Card, Nachfolge-Suche und -Finden.

FaKo: Fachschaftsumfrage 2013, Besprechung der Möglichkeiten im RICOH-Vertrag der TA, Koordinierung der Erstsemester-Veranstaltungen für Oktober 2013 (evtl. zweiter *dies academicus*), Probleme mit UB und deren Gebührenbenachrichtigungssystem, FRIV-Sitzungen, heiße Diskussion der Fakultätsreform, Abschluss der Überarbeitung des Finanzleitfadens für Fachschafts-Finanzverantwortliche, Anlegen eines Abkürzungslexikon für Hochschulpolitik, Vorbereitung von Seminaren zu hochschulpolitischen Themen und akademischer wie studentischer Selbstverwaltung für alle Interessierten (erstes am 27./28.04.).

Studieren mit Kind(ern) (Schada): Beschäftigung mit Änderungen im Kinderladen Die Humbolde beschäftigt, Teamsitzungen mit dem Team der Betreuer_innen, viel Zeit und Vorbereitung für die Bildung eines Trägers für den Kinderladen, Antrag auf Fördermittel bei der Senatsverwaltung in Zusammenarbeit mit der Technischen Abteilung für den Umzug ins Hedwig-Dohm-Haus, Beratungen sowie weitere Planungen für das Kinderfest an der HU, Planungsvorstellungssitzung der Architekten Martinoff für das Hedwig-Dohm-Haus.

Hochschulpolitik (Elisa / Matthias): Div.

Lehre und Studium (Sascha): Div.

Ökologie (Johannes): Strukturarbeit, Vorbereitung von Folgeanträgen und langfristiger Absicherung der Initiativ-Tätigkeit der HUBschrauber bei Ausstattung durch Räumlichkeiten, Beantwortung von Interview-Anfragen und gemeinsam mit weiteren Referaten Party-Vorbereitungen.

AntiRa (Chamberlin): Beratung und Begleitung von Studierenden in der Ausländerbehörde, Vorbereitung sowie Organisation und Durchführung des zweiten Seminars „Rassismus im Deutschen Bildungssystem“ (02./03.03.), Teilnahme am Vorbereitungstreffen zum Festival „contre le racisme“, Teilnahme an Neugründung der VASR.

Finanzen (Micha): Haushalte wurden von der Unileitung genehmigt, Reste- und Umbuchungen vorgenommen, Fachschaftsbudgets erstellt, Abschlagsvorauszahlungen aus Vorjahren abgerechnet, Personalangelegenheiten (AV, Bescheinigungen, etc.), Antragsbearbeitung, Nothilfeanträge, Koordinationsgespräche/ Struktur.

Nachfrage Hartmut zu Einschätzung des HoPo-Referats wie AS-Beschluss diese Woche zustande gekommen ist.

Matthias und Jakob beantworten die Frage als AS-Mitglieder soweit.

3.4 Bericht der Historischen Kommission

Micha (HisKom) berichtet. Im Rahmen des Jahrestags der Bücherverbrennung Ausstellung im Foyer der Juristischen Fakultät. Eröffnung wohl am 8. Mai. Desweiteren wird es auch eine Ausstellung des Flüchtlingsrats im Foyer des Seminargebäudes am Hegelplatz geben. Sowie weitere Veranstaltungen. Bernd ergänzt.

4. Ziehung des Haushaltsausschusses im Losverfahren

Eine Person namens Lisa (nicht StuPa-, nicht Listenmitglied) zieht die Lose.
1. RCDS. 2. OLKS. 3. PDB.
Zur Nachprüfung der Richtigkeit werden die verbleibenden Lose verlesen.

5. Wahlen

5.1 StuPa-Präsidium

Vorschläge werden eingereicht: Johannes (Trackliste), Lisa (LuSt), Helge (Autoalk), Benjamin (Grünboldt)

Eine Wahlkommission wird gesucht und gefunden: Vera (BuF), David (PDB), Max (OLKS).

Lisa erklärt kurz das Verfahren.
Die Kandidierenden stellen sich kurz vor.

Wahlgang und anschließende Auszählung.
Ergebnis: Helge 42, Benjamin 41, Lisa 40, Johannes 39.
Alle vier sind damit gewählt und nehmen die Wahl an.

5.2 Referat für Politisches Mandat & Datenschutz

Francesca (als Hauptreferentin) und Charlotte (als Co-Referentin, Grünboldt) stellen sich und ihre Pläne vor.

Keine Nachfragen.

. Wahlgang, Ergebnis: 44:1:3.

. Wahlgang, Ergebnis: 46:4:1.

Francesca und Charlotte sind damit beide gewählt und nehmen die Wahl an.

6. Anträge

6.1 Antrag RCDS: Kaffee

GO-Antrag Benjamin, Nichtbefassung. Abstimmung: 15:16:einige. Antrag ist damit abgelehnt.
Sascha (RCDS) stellt den Antrag vor.

Lisa, „wir müssen uns damit nicht befassen“. Es gibt Vertreter_innen im Verwaltungsrat des Studentenwerks.

Gerrit (Jusos) hat auch einen Pappbecher.

GO-Antrag auf Fortführung der Debatte. Ergebnis: 5:vielen:einige. Antrag ist damit abgelehnt.

„Das Studierendenparlament möge beschließen, sich beim Studentenwerk Berlin für die Absenkung der Preise für Heißgetränke (Kaffee, Tee usw.) um 0,10 € einzusetzen, wenn der_die Käufer_in einen Mehrwegbecher verwendet, zum Beispiel einen CampusCup.“

Abstimmung: 14:9:vielen. Der Antrag ist damit angenommen.

6.2 Antrag Queere Hochschultage

Sascha (mutvilla) und Micha (LuSt) stellen den Antrag vor.
Nachfrage Alexander, wer wurde noch wegen Geldern angefragt.
Micha antwortet. „Veranstaltung von Studierende für Studierende.“
Marie (mutvilla) spricht sich für den Antrag aus.
Magdalena (Grünboldt), warum während der Vorlesungszeit?
Micha antwortet. Die meisten Veranstaltungen sind am Abend.
Bernd spricht sich ebenso für den Antrag aus.

„Hiermit beantragen wir [Die Organisationsgruppe der QHT Berlin 2013] die Kostenübernahme der noch ausstehenden Posten für die Queeren Hochschultage Berlin 2013. Die SUMme beträgt 4.815,00- Euro.“

Abstimmung: viele:0:9. Der Antrag ist damit angenommen.

6.3 Antrag Jusos: UniAssist

Maciej (Jusos) stellt den Antrag vor.
Matthias (Eu3T) spricht sich für den Antrag aus.
Vera (BuF) fehlen die Alternativen in diesem Antrag.
Nachfrage David (PDB) nach mehr Informationen.
Maciej legt ein paar Beispiele dar.
Imke (Jusos) spricht sich gegen das Argument der Alternativlosigkeit aus.
Christine spricht für den Antrag.
Micha (HisKom) legt noch ein paar andere Punkte dar. Problemlösung müsste die Auflösung von UniAssist sein. Marie und Sascha ergänzen das noch.

*„Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität fordert das Präsidium der Humboldt-Universität auf, den Vertrag mit uni-assist e.V. zu kündigen und aus dem genannten Verein auszutreten. Desweiteren fordert das Studierendenparlament, das Zulassungsverfahren für Bewerber_innen mit nicht-deutscher Hochschulzugangsberechtigung in das allgemeine Bewerber_innenverfahren zu integrieren und (bis auf die Zulassungsquote nach dem BerlHZG) gleichzubehandeln.
Derzeit müssen sich Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben haben, über den externen Verein uni-assist bewerben. Eine solche Bewerbung ist mit zusätzlichen Gebühren verbunden, die neben der Übersetzung für Zeugnisse allein für dafür entstehen, dass sich Menschen überhaupt bewerben können. Diese Gebühren müssen Bewerber_innen mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung nicht zahlen. Zudem scheint bei uni-assist oft Ansprechpartner_innen zu fehlen, die bei der Bewerbung zur Hilfe stehen. Im Zulassungsbüro und bei Compass sollen ratsuchende für Auskünfte auch nur an uni-assist weiterverwiesen worden sein. So können Unstimmigkeiten bei der Bewerbung nicht direkt mit der Hochschule selbst geklärt werden, was eine weitere strukturelle Benachteiligung darstellt. Ein solches Bewerbungsverfahren diskriminiert Menschen zum Einen aufgrund ihrer Herkunft und zum Anderen aufgrund ihrer ökonomischen Situation. Dies wird dadurch verstärkt, dass Menschen mit nicht-deutscher Hochschulzugangsberechtigung ohnehin zahlreiche bürokratische sowie ökonomische Hürden durch den Ortswechsel zu überwinden haben. Hier werden Menschen systematisch und strukturell ausgegrenzt. Menschen mit nicht-deutscher Hochschulzugangsberechtigung besitzen in der Regel auch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und sind allein hierdurch schon in den meisten gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt.
Die Benachteiligung von Studieninteressierten ohne deutsche Hochschulzugangsberechtigung ist ein weiterer Ausdruck für die in der letzten Zeit wieder vermehrt um sich greifende "Das-Boot-ist-voll"-Rhetorik im politischen Diskurs in Deutschland. In Zeiten, in denen Innenpolitiker_innen von sog. "Armutsflüchtlingen" schwadronieren, die "unseren" Sozialstaat ausnutzen wollen, fügt sich die Praxis, Menschen mit nicht-deutschen Hochschulzugangsberechtigungen durch ein kostenpflichtiges Sonder-Verfahren zu schleusen, nahtlos in die gesellschaftliche Debatte ein. Die Überzeugung, dass Menschen von außerhalb Deutschlands ständig versuchen würden, die deutschen staatlichen Versorgungssysteme - sei es nun Sozialhilfe oder das Bildungssystem - auszunutzen, ist ein rassistisches Sentiment, das weit in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet ist. Das Studierendenparlament der HU bekennt sich zu einem antidiskriminatorischen Menschenbild und zu einem emanzipatorischen Anspruch inner- und außerhalb der Hochschule. Die HU - die nicht müde wird, sich ihrer aufklärerischen Wurzeln zu rühmen - muss diesem Trend entgegenwirken, anstatt im rassistischen Mainstream mitzuschwimmen. Für EU Bürger_innen die*

sich an der HU bewerben, widerspricht das Verfahren möglicherweise bereits jetzt dem Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEUV.
Zusätzlich ist zu kritisieren, dass hier Verwaltungsgebühren für eine Arbeit entstehen, die eigentlich Aufgabe der Hochschulen ist. So liegt die Qualitätssicherung, also auch die Prüfung von Hochschulzugangsberechtigungen bei den Hochschulen. Die Übertragung dieser Aufgaben an einen Verein widerspricht der Verantwortung der Hochschulen, welche aus der Freiheit der Wissenschaft erwächst. Die Hochschulen lassen so zu, dass willkürlich über Gebühren und Verfahren entschieden werden kann. Die Aufgaben der Uni werden gleichzeitig outgesourced an einen externen Verein, der nicht durch das Hochschulgesetz gebunden sind. So entsteht die Möglichkeit, Mitarbeiter_innen für Tätigkeiten der Hochschule einzustellen ohne die bestehenden Tarifverträge auf sie anzuwenden.
Das Studierendenparlament der HU kann diesen Zustand nicht länger hinnehmen. Wir fordern eine Hochschule, in der Menschen weder aufgrund ihrer Herkunft, ihrer ökonomischen Situation oder aus anderen Gründen diskriminiert werden. Auch nicht bei der Bewerbung. Nur so kann eine Hochschule ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

Dieser Beschluss wird folgenden Stellen mitgeteilt:
Der Präsident der Humboldt-Universität
Der Vizepräsident für Studium und Internationales der Humboldt-Universität
Der Akademische Senat der Humboldt-Universität
Der Abteilung für Studium und Internationales.“

Abstimmung: viele:4:6. Der Antrag ist damit angenommen.

6.4 Antrag OLKS: Zivilklausel

Peter (OLKS) stellt den Antrag vor.
Wortmeldung Bernd (Eu3T). Stimmt dem Antrag zu.
Sascha (RCDS) wird wegen wiederholtem und unangemessenem Reinrufen das Rederecht entzogen.
GO-Antrag Lisa Begrenzung der Redezeit auf 2 Minuten. Abstimmung: viele:wenige:4. Die Redezeit ist damit begrenzt.
GO-Antrag auf Abbruch der Debatte. Gegenrede Falko (RCDS). Abstimmung: 15:18:wenige. Der Antrag ist damit abgelehnt.
Falko (RCDS), „Diskurs kann man immer zulassen“.
ÄA David (PDB).
Peter, geht noch mal auf Falko ein.
Abstimmung über den ÄA: 2:viele:viele. Der ÄA ist damit abgelehnt.

„Das Studierenden-Parlament begrüßt die Proteste gegen die Rede „Armee der Einheit – Der Beitrag der Bundeswehr zum gesellschaftlichen Zusammenhalt“ von Bundesminister Thomas de Maizière an der Humboldt-Universität zu Berlin und unterstützt die Positionierung des Referent_innen-Rates bzw. der Referate für Hochschulpolitik und für Öffentlichkeitsarbeit vom 11. April 2013. Im Sinne einer aufgeklärten Universität sind Kriegsagitation und entsprechender Lobbyismus nicht mit dem Anspruch kritischer Bildung und Wissenschaft zu vereinbaren. Vielmehr fordert die Verfasste Studierendenschaft die akademischen Gremien dazu auf, flächendeckend eine Zivilklausel einzuführen, deren Ausführung die humanistischen Werte achtet und verteidigt – im Zweifel gegen die herrschende Politik.“

Abstimmung: viele:6:7. Der Antrag ist damit angenommen.

6.5 Antrag Lise-Meitner-Denkmal

Jakob (LuSt) stellt den Antrag vor.
Lisa mit Änderungswunsch, Jakob übernimmt diesen.
Der Antrag wird in zwei Teilen abgestimmt.

*„Das StuPa möge beschließen:
Das Studierendenparlament der HU Berlin begrüßt ausdrücklich das Lise-Meitner-Denkmal, das symbolisch für das Engagement gegen die strukturelle Diskriminierung von Frauen in der Wissenschaft steht, in der Geschichte und bis heute. Das StuPa setzt sich für einen kritischen Umgang mit der Geschichte der Universität ein.“ (Teil 1)*

„Das StuPa möge beschließen:

Das Denkmal für Lise Meitner ist längst überfällig. Es ist beschämend, dass die Universität bisher keiner Frau irgendein Denkmal gesetzt hat und selbst jetzt keine finanziellen Mittel zur Verfügung stellt. Diese Situation ist nur eins unter vielen Beispielen für die patriarchalen Strukturen im Wissenschaftsbetrieb. Das Studierendenparlament fordert die Uni dazu auf, materielle und inhaltliche Unterstützung für das Denkmal zu leisten und sich endlich ihrer Rolle als „exzellente“ Bildungseinrichtung im 21. Jahrhundert bewusst zu werden.“ (Teil 2)

Abstimmung, Teil 1: viele:0:5. Teil 2: viele:0:4. Der Antrag ist damit angenommen

6.6 Antrag IG HDH et al.: Gründung eines Betriebs gewerblicher Art zur Errichtung einer selbstorganisierten Kinderbetreuung im HDH

(vorgezogen vor 6.1)

Micha stellt den Antrag vor.

Benjamin mit Nachfragen. Micha antwortet.

Bernd ergänzt.

„Das StudentInnenparlament möge beschließen:

I. Das StudentInnenparlament nimmt die Gründung eines Betriebs gewerblicher Art als Träger der Kinderbetreuung durch die Studierendenschaft in Zusammenarbeit mit der Universität und anderen Stellen unter dem Namen Interessengemeinschaft Hedwig-Dohm-Haus - Elternselbstorganisation und Kinderbetreuung zustimmend zur Kenntnis.

II. Der RefRat und die bereits bestehende IG Hedwig-Dohm-Haus werden beauftragt, die notwendigen Vereinbarungen mit der Technischen Abteilung zu treffen. Der Abschluss dieser Vereinbarungen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit des Beschlusses durch das StudentInnenparlament.“

Abstimmung: 44:0:7. Der Antrag ist damit angenommen.

6.7 Antrag IG HDH et al.: Information und Antrag zur Bauplanung des HDH

(vorgezogen vor 6.1)

Bernd stellt den Antrag vor.

Nachfrage Olaf (LuSt) zu barrierefreien Zugängen. Bernd antwortet.

„Das StudentInnenparlament möge beschließen:

I. Das StudentInnenparlament nimmt die Konkretisierungen der Bauplanungen durch das von der Universität beauftragte Architektenbüro zur Kenntnis.

II. Die Zustimmung des StudentInnenparlaments zu diesen Plänen steht unter dem Vorbehalt, dass die Betroffenen: Initiativen, Kinderladen, Sozialberatungssystem, keine Einwände erheben.

III. Die Interessengemeinschaft Hedwig-Dohm-Haus und der RefRat werden beauftragt, den Abstimmungsprozess mit den Betroffenen sicherzustellen.“

Abstimmung: viele:0:3. Der Antrag ist damit angenommen.

6.8 Antrag IG HDH et al.: Zwischenfinanzierung der bestehenden Stellen von Betreuer_innen im Kinderladen auf sozialversicherungsrechtlichem und tariflichem Niveau

(vorgezogen vor 6.1)

Alex stellt den Antrag vor.

Lisa, findet Antrag richtig und wichtig, findet Art und Weise seiner Einbringung aber überhaupt nicht passabel. Hätte lieber mehr Zeit zum Lesen und Überblicken gehabt.

Bernd antwortet.

Benjamin bestärkt Lisas Kritik. Weist noch auf andere Punkte hin.
Alex und Matthias antworten.
Nachfrage David. Micha antwortet. Bernd ergänzt.
Christine (LiLi), ähnlich Lisa und Benjamin.
Sascha (mutvilla), ÄA, Einfügen eines Punkts IV.
GO-Antrag Falko (RCDS), Abbruch der Debatte.
Abstimmung: 14:11:vielen. Debatte ist damit abgebrochen.
ÄA wird von Antragsteller_innen angenommen.

„Das StudentInnenparlament möge beschließen:

- I. Das StudentInnenparlament fordert das Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin auf, die von ihm geforderte und im Zertifizierungsverfahren „Familiengerechte Hochschule“ angegebene Erweiterung des Kinderladens „Die Humbolde“ nun auch finanziell abzusichern. Dabei muss insbesondere eine dauerhafte, den sozialversicherungsrechtlichen und tariflichen Standards entsprechende Lösung der Kinderbetreuung durch qualifiziertes Personal gefunden werden.*
- II. Zur Notsicherung der bestehenden Beschäftigungspositionen und deren Bezahlung in Anlehnung an den sozialversicherungsrechtlichen und tariflichen Standards für Kinderläden gewährt das StudentInnenparlament einmalig*
 - 1. für den Zeitraum vom 1. Mai bis 31. Juli 2013 einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 3.000,00 Euro (insgesamt 9.000,00 Euro) zur Absicherung der Personalkosten,*
 - 2. für den Zeitraum vom 1. Mai bis 30. September 2013 einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 90,00 Euro für die extern durchgeführte Personalverwaltung (insgesamt 450,00 Euro).*
- III. Der RefRat und die IG Hedwig-Dohm werden beauftragt, eine nachhaltige Vereinbarung mit dem Präsidium der Universität zu treffen und über den Stand der Vereinbarungen fortlaufend im StuPa zu berichten.*
- IV. Das Studierendenparlament fordert die Universität auf, der Verfassten Studierendenschaft Beträge, die auf Basis dieses Beschlusses ausgezahlt wurden, vollumfänglich zu erstatten.“*

Abstimmung: viele:0:8. Antrag ist damit angenommen.

6.9 Antrag Jusos: Eine freie Äußerung unserer Meinung zum Recht auf freie Meinungsäußerung

(vorgezogen vor 6.5)

Imke und Hartmut (Jusos) stellen den Antrag vor.
ÄA Jakob (LuSt).
Kurze Gegenrede Hartmut, kurze Erläuterung Jakob.
Abstimmung des ÄA: 7:vielen:wenigen.

„Das Studierendenparlament der HU möge beschließen:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität missbilligt die Erklärung des Akademischen Senats vom 16.04.2013, bezüglich der Vorkommnisse um die Rede des Bundesverteidigungsministers am 10.04. In dieser Erklärung, die im Akademischen Senat bei einer Enthaltung einmütig verabschiedet wurde, erklärt der AS seine "Betroffenheit" über die Proteste gegen die Rede des Bundesverteidigungsministers Thomas de Maizière, am Abend des 10. April im Audimax. Das Studierendenparlament teilt diese Ansicht aus folgenden Gründen nicht:

*1. Der AS beruft sich in seiner Erklärung auf das Recht auf freie Meinungsäußerung des Bundesministers gegenüber den Protestierenden. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist primär ein Schutzrecht für Bürger*innen gegenüber dem Staat. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung der Protestierenden wurde im AS Beschluss vollkommen unzureichend berücksichtigt.*

Das Studierendenparlament sieht in dieser Äußerung einen Widerspruch zum Gesamtvertretungsanspruch des Akademischen Senats. Anscheinend gelten für Studierende andere Rechte als für die übrigen Statusgruppen der Universität.

2. Im Gegensatz zu den anderen Statusgruppen der Humboldt-Universität unterliegt die Verfasste Studierendenschaft dem Verbot des Allgemeinpolitischen Mandats, das heißt, es ist ihren

Organen nicht möglich, sich zu Themen, die keinen hochschulpolitischen Bezug haben, zu äußern. Damit ist es der Verfassten Studierendenschaft nur eingeschränkt möglich, sich inhaltlich zu der Veranstaltung des Verteidigungsministers zu äußern. Diese Tatsache scheint festgesetzt und es gibt bisher keine Kritik seitens der Hochschulleitung, dass hier offensichtlich die Meinungsfreiheit der Verfassten Studierendenschaft eingeschränkt wird.

3. Die Humboldt Universität hat nicht den Auftrag, das erweiterte Redner*innenpult der Bundesregierung zu stellen. In der Vergangenheit wurde die HU wiederholt von Mitgliedern dieser und vergangener Bundesregierungen als Podium genutzt, um Werbung für ihre Politik zu machen. Erinnert sei an den Auftritt von Angela Merkel im Wahlkampf 2009. In einer Universität, die dem Grundsatz der kritischen Wissenschaft verpflichtet sein sollte, muss selbstverständlich auch über aktuelle Politik diskutiert werden. Sie darf aber kein Ort der unwidersprochenen Affirmation der bestehenden Verhältnisse sein. In der Vergangenheit war aber genau diese Affirmation das Merkmal der entsprechenden Veranstaltungen.

4. Der AS beruft sich auf "umstrittene Parolen" seitens der Protestierenden, ohne diese konkret zu benennen. Diese Parolen werden allerdings nicht konkret benannt und es ist fraglich, welche Parolen als unstrittig gelten und welche nicht. Da der Akademische Senat auch nicht in anderen Beschlüssen deutlich macht, welche Position er zu dem Thema vertritt, scheint diese Einstellung paradox.

Aus der wechsellvollen Geschichte der deutschen Hochschulen erwächst nach Auffassung des Studierendenparlaments der Universität die Verantwortung, Entwicklungen in Staat und Gesellschaft kritisch zu beobachten. Zu große Staatsnähe hat der Humboldt-Universität in der Vergangenheit nie gut getan.

Dieser Beschluss wird vom Präsidium des Studierendenparlaments an das Gremienreferat der Humboldt-Universität verschickt und mit der Bitte versehen, diesen allen Mitgliedern des Akademischen Senats zukommen zu lassen.“

Abstimmung: viele:7:9. Der Antrag ist damit angenommen.

6.10 Antrag RCDS & LHG: Offene Diskussionskultur

(vorgezogen vor 6.5)

Falko (RCDS) stellt den Antrag vor.

ÄA 1, Johannes (Trackliste). Außerdem mangelt es dem Antrag an Antragstext.

Marie (mutvilla), es ist nicht Aufgabe der Uni allen Meinungen ein Podium zu bieten.

Hartmut (Jusos), welcher Diskursbegriff liegt hier zugrunde?

Falko antwortet darauf.

Imke (Jusos), was ist los? Natürlich sollte der RefRat politisch sein.

ÄA 2, Peter (OLKS).

Falko reagiert noch mal auf irgendwas.

ÄA 3, Lisa (LuSt).

Hartmut (Jusos), Verwendung des Wortes ‚Diskurs‘ im Antrag ist von Grund auf falsch.

Abstimmung ÄA 1: 11:15:wenige. ÄA 1 ist damit abgelehnt.

Abstimmung ÄA 2: 8:viele:wenige. ÄA 2 ist damit abgelehnt.

Abstimmung ÄA 3: 19:14:6. ÄA 3 ist damit angenommen.

„Das StuPa spricht sich, unabhängig von konkreten Fällen, für eine offene Diskussionskultur an der Humboldt-Universität aus. Eine Vorverurteilung von Meinungen aufgrund von Statusgruppenzugehörigkeit entspricht nicht dem Ideal einer kritischen Universität. Der offene Diskurs ist die Grundlage einer freien und verantwortungsbewussten Gesellschaft, der das Recht innewohnt, sich politisch zu äußern.

Das StuPa spricht sich mit diesem Antrag für Protest bei Veranstaltungen der Universität aus, dieser soll sich in einem Rahmen bewegen, der einen generellen Diskurs in der Gesellschaft entfacht und erlaubt. Wir fordern das allgemeinpolitische Mandat.“

Abstimmung: 20:18:1. Der Antrag ist damit angenommen.

7. Sonstiges

Nächstes StuPa am 15.05.2013, 18:30 im Audimax.

Ende: 00:08 Uhr.

Darstellung der Ergebnisse: Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen/ungültige.

Für die Richtigkeit: das Präsidium.